

fähig gewesen. Und zu behaupten, die rot-rot-grüne Perspektive hätte die Wahlchancen verringert, wäre angesichts des jetzt vorliegenden Ergebnisses eine Diskussion wert.

Keine Frage: Die konsequente Neuorientierung wäre sehr schwer geworden. Wir haben es mit einer Kanzlerin zu tun, die über ein unendliches Geschick verfügt, den Menschen die falsche Vorstellung zu vermitteln, sie sei so sehr für alle da, dass man sich das Wählen sparen und auf Alternativen verzichten könne. Aber wer der Überzeugung ist, dem Land wäre besser zu dienen mit einer anderen Politik, der

macht sich politisch strafbar, wenn er es nicht versucht.

Hier, und nicht in dieser oder jener Eigenschaft eines Kandidaten, liegt das Versäumnis der SPD. Das Wahlergebnis hat ihr die unverhoffte Chance gegeben, dies zu korrigieren. Der Gang in die Große Koalition ist dafür sicher nicht der beste Weg. Wagte es die Sozialdemokratie, sich bei der Kanzlerwahl zugunsten Merkels zu enthalten und dann einer schwarzen Minderheitsregierung konstruktive Opposition zu bieten, dann hätte die linke Machtperspektive für die Zukunft noch eine Chance.



Stephan Hebel

(*1956) war von 1986 bis 2013 Redakteur der Frankfurter Rundschau und arbeitet jetzt als freier Autor und Publizist. Zuletzt im Frankfurter Westend-Verlag erschienen: *Mutter Blamage. Warum die Nation Angela Merkel und ihre Politik nicht braucht.*

stephanhebel@aol.com

Thomas Meyer

SPD – Eine neue Strategie tut not

Die Alternativen und deren Risiken, die dieses vermaledeite Wahlergebnis der SPD noch lässt, sind von den Medien mehrfach rauf und runter diskutiert, erst Recht in der Partei selbst. Trotzdem scheint der große Sog, der alles mit sich zieht, mächtig in Richtung Große Koalition zu gehen. Was auch sonst? Dabei hat niemand vergessen, wie schlecht das beim letzten Mal, trotz der ansehnlichen Leistungen sozialdemokratischer Ministerinnen und Minister, ausgegangen ist. Partei und Wahlvolk hatten die aufgelisteten Leistungserfolge nicht mitgerissen – im Gegenteil. Und nun, vom mageren Wahlergebnis und dem viel größeren Vorsprung des ungewollten Partners weiter geschwächt, sollte es besser gehen? Kaum denkbar. Aber, was bleibt sonst? Fürs Erste nicht viel. Gerade darum darf nach

den Erfahrungen nicht vergessen werden, dass mit jedem heutigen Schritt symbolisch und real die Weichen für die zukünftigen Chancen der Sozialdemokratie gestellt werden, nicht nur für die nächsten Wahlen, sondern wohl für das nächste Jahrzehnt. Was bedeutet der 22. September also für die SPD in dieser Hinsicht?

Erstens: Es gibt in Deutschland eine Mehrheit links der CDU/CSU, die vermutlich auch bliebe, wenn andere »bürgerliche Parteien« wieder die Fünf-Prozent-Hürde schafften.

Zweitens: Diese virtuelle Mehrheit kann die SPD aus problematisierbaren Gründen nicht nutzen, das raubt ihr in den Augen möglicher Wähler die Machtperspektive.

Drittens: Die *Mittelschichten-Demokratie*, in der sich das untere Viertel vom Wäh-

len verabschiedet hat, verfestigt sich, und erschwert zusätzlich Mitte-Links Erfolge.

Viertens: Die SPD hat ihr Wählerpotenzial von ca. 35 % bei weitem nicht ausgeschöpft, die Grünen das ihre von ca. 25 % noch weniger.

Fünftens: Nicht die großen Themen, sondern der Magnetismus der Kanzlerin und Medien, die willig in seinem Bann verharren, haben die Wahl entscheiden.

Sechstens: Die große Kluft zwischen der Notwendigkeit sozialdemokratischer Antworten auf die Probleme der Zeit (*sozialdemokratischer Moment*) und ihnen entsprechenden Wahlerfolgen hat sich vergrößert.

Dem liegen *strukturelle* und *situative* Faktoren zugrunde. Zu ersteren gehört zum einen die Dauerhaftigkeit der Aufteilung des politischen Mitte-Links-Spektrums, ehemals von der SPD allein repräsentiert, auf drei Parteien. Grüne und die Linkspartei, anfangs als politische Eintagsfliegen unterschätzt, sind beide fester Bestandteil unseres Parteiensystems geworden und werden es in absehbarer Zeit wohl auch bleiben. Zum anderen hat die freie Wildbahn der Berliner Republik die neue Mediendemokratie schriller, verantwortungsloser und, was die sozial-ökonomische Interessenlage der Journalisten betrifft, »neubürgerlicher« gemacht, mit einem kräftigen Schuss Verachtung, mitunter Ekel für »linke« Politik und der Absenkung der Schwelle gegen direktes Mitmischen in der politischen Arena.

Zu den situativen Faktoren gehören die Konjunktur der Themen und die »Aufstellung« der Parteien. Letztere ergibt sich aus deren thematischen Profilen, der Fähigkeit ihrer Spitzenteams, diese zu verkörpern, dessen Kommunikation im Wahlkampf und ihrer Machtperspektive. Verkörperung besteht in dem, was man zu sein scheint, Kommunikation in dem, was man vertritt. Merkel hat den angesichts der europäischen Krise gnadenlosen nationalen Besitzindividualismus der Deutschen gleichzeitig unschlagbar verkörpert und

als Übermutter »menschlich« kaschiert. Darüber hinaus hat sie sich als Projektionsfläche für eine biedermeierliche Politikaversion in ungemütlichen Zeiten angeboten. Mit dieser äußerst wirksamen Verkörperung tiefer Sehnsüchte hat sie ihre programmatische Profillosigkeit überstrahlt. Mit ihrem eigentlichen Pfund, dem »deutschen Europa«, brauchte sie dabei noch nicht einmal öffentlich zu wuchern, aber es blieb der heimliche Subtext dieser Wahlen von Anfang bis Ende.

Die SPD hingegen hatte mit der durch die Revision der letzten vier Jahre ermöglichten Synthese aus Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und den vertretbaren Elementen der Agenda 2010-Modernisierung erkennbar sozialdemokratisches Profil zurückgewonnen. Ein kluger und tüchtiger Spitzenkandidat trat zum Erstaunen vieler, zumal der Medien, auch unerschrocken dafür ein. Was ausblieb, war die zwingende Verkörperung dieser politischen Substanz und eine realistische Machtperspektive. Das Fehlen letzterer war durch das mit und ohne mediale Veranlassung ständig neu aufgelegte Ritual der Absage an jede Form der Kooperation mit der Linkspartei bei zunehmender Schwächung der Grünen ständig gegenwärtig.

Bei der, anfänglich ganz ungefragten, Beteuerung der SPD-Spitze, natürlich käme für sie keine einzige der drei in den anderen europäischen Ländern bisher erprobten Formen des *Die Chancen* Zusammenspiels mit einer zum Realismus neigenden Linkspartei (informelle Duldung, formelle Kooperation, Koalition) in Betracht, spielte das zutreffende Argument die Hauptrolle, Koalitionsfragen dürften niemals nur statisch betrachtet werden, weil jedes Zusammenwirken die beteiligten Parteien, die politische Landschaft und das Wählerverhalten unabsehbar verändert. Obwohl die Argumente, die für eine pauschale Abweisung jeder Form der Zusammenarbeit mit der Linkspartei zum jetzigen Zeitpunkt spre-

chen aus den genannten Gründen anfechtbar sind, können sie keinesfalls schlicht von der Hand gewiesen werden. Die im Ergebnis stets offene Dynamik einer solchen riskanten Koalitionsbildung könnte in Deutschland – im Unterschied etwa zu den nordeuropäischen Demokratien – durchaus zur Abwanderung von so vielen Wählern der Mitte führen, dass die Mehrheitsrechnung am Ende nicht mehr stimmt. Ganz ohne Wagnis ist ein Brückenschlag in der Politik aber niemals zu schaffen. Übersehen werden sollte dabei aber nicht, dass dieses Argument nach beiden Seiten hin wirkt, denn auch die Linkspartei veränderte sich, möglicherweise rascher und gründlicher als gedacht, unter dem Druck der von ihr lang ersehnten Zusammenarbeit. Andere Personen rückten dann in die vorderen Reihen, die realistischen Positionen des Programms gewannen und die dogmatischen Illusionen verlören Gewicht. Nicht anders kennen wir es doch aus der frühen Geschichte der SPD und der jüngeren der Grünen. Die in diesem Wahlkampf befolgte Strategie der sozialdemokratischen Profilschärfung mit *rot-grüner Koalitionsaussage* bleibt nur dann richtig, wenn sie sich von dem Bleigewicht befreite, jeder Form der Kooperation mit der Linkspartei unter allen Umständen auf absehbare Zeit abzuschwören. Wirksamer und völlig ausreichend für die Selbstbehauptung sozialdemokratischer Identität wäre es vielmehr, wie Peer Steinbrück es tat, die Programmpunkte der Linkspartei zu nennen, die für Sozialdemokraten inakzeptabel sind, verbunden mit der Klarstellung der politischen Grundsätze, ohne die politische Kooperation ausgeschlossen ist. Die konkrete Frage nach dem Ob und dem Wie möglicher Kooperation mit einer ja allmählich »vernünftiger« werdenden Linkspartei kann dann den Wählern und der gegebenen Lage überlassen bleiben. Ein solcher Schritt ließe sich durchaus medial vermitteln, eröffnete der Sozialdemokratie eine plausible Machtperspektive

und nähme der CDU einen wichtigen strategischen Hebel aus der Hand. Er würde schon im Vorfeld die innere Dynamik in der Linkspartei beeinflussen.

Das Wahlergebnis bietet auf kurze Sicht keinen Ausweg für die Partei, der ihre Lage nicht noch komplizierter machte. Eine Große Koalition dürfte zu einer innerparteilichen Zerreißprobe führen, die auch durch die geforderte Mitgliederbefragung nicht wirklich beendet wäre. Eine Oppositionsrolle der Partei im Falle einer schwarz-grünen Koalition bei fortwirkender Symbiose der Kanzlerin mit dem Gros der Medien wäre prekär, die Aussicht auf Neuwahlen für die SPD vermutlich desaströs. Rot-Rot-Grün geht nach den wiederholten absoluten Festlegungen der Parteiführung für die jetzt anstehende Regierungsbildung in keiner der möglichen Varianten. Daher wird wohl nach verlängerten und besonders heftigen Geburtswehen, nachdem alle Varianten und ihre Folgen bis ins Letzte durchgespielt sind, eine Neuauflage der Großen Koalition das Licht der Welt in diesem Lande erblicken, etwas schmerzloser dann, wenn die CDU frühzeitig Signale sendet, dass sie große Forderungen aus dem sozialdemokratischen Wahlprogramm, wie Steuererhöhung für die oberen Einkommen, Vermögensteuer, gesetzlichen Mindestlohn, eine Investition in die Infrastruktur der Kinderbetreuung in Höhe des missratenen Betreuungsgelds (falls die CSU nicht von ihm lassen kann) akzeptiert. Hinzu müsste ein Kurswechsel in der Europapolitik kommen, weg von der sturen Fixierung auf bloße Austerität hin zu Programmen für Wirtschaftsaufschwung und Arbeitsplätze für die Südländer.

Es ist Merkel zuzutrauen, dass sie auch diese Wendung schafft mit dem Argument, nur so sei für die Bundesrepublik eine stabile Lage zu gewinnen. Für die SPD würde es in diesem Falle sehr schwierig, sich zu verweigern, sie wäre dann leicht ins Licht der staatspolitischen Verantwortungslosigkeit

keit zu rücken. Freilich wären auch im Falle eines solcherart in der Wolle sozialdemokratisch gefärbten Regierungsbündnisses zwei weitere Faktoren ins Spiel zu bringen, wenn die kleine SPD nicht an der Seite der großen Merkel-CDU zerrieben werden soll. Der eine wäre – im Gegensatz zu Herbert Wehners Parole für die erste Große Koalition – das Beharren darauf, das sozialdemokratische Eigenprofil in erkennbarer Differenz zur Linie der CDU-geführten Regierungspolitik im Bewusstsein der Öffentlichkeit wach zu halten. Denn der damalige Glücksfall, mit Willy Brandt über ein Regierungsmitglied zu verfügen, dass schon als Person das sozialdemokratische Programm strahlend verkörpert, wird sich kaum von selbst einstellen. Die zweite Erfolgsbedingung trotz Großer Koalition dürfte in der Weigerung liegen, aufs Neue von vornherein alle Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei auszuschließen, selbst wenn deren Realismus in den Politik entscheidenden Fragen erkennbar zunimmt. Andernfalls wäre am nächsten Wahltag womöglich ein noch böseres Erwachen als beim letzten Mal die Folge.

Die SPD wäre schlecht beraten, wenn sie einen Eintritt in die Große Koalition, unabhängig von ihrem inhaltlichen Ge-

wicht darin, mit dem heiligen Schwur begleiten würde, nicht nur jetzt, sondern auch künftig jede Zusammenarbeit mit der Linkspartei auszuschließen, ganz gleich wie sich diese und die Lage der Republik entwickeln. Die Gefahr wäre groß, dass sich in diesem Fall ein eher trauriger Abschnitt ihrer jüngsten Geschichte wiederholt.

Ein »linkes Lager«, das diesen Namen verdiente, gibt es heute in Deutschland nicht, nur ein Mitte-Links-Spektrum aus drei kulturell, historisch und programmatisch recht unterschiedlichen Parteien. Beim Erreichen einer gewissen Schmerzgrenze der Erfolglosigkeit ihrer getrennten Anstrengungen könnte in jeder von ihnen der Wunsch wachsen, das Verbindende voran- und das Trennende zurückzustellen, damit das real möglich wird, worin sich ihre Vorstellungen einer besseren Gesellschaft gleichen. Das ist im Verhältnis zwischen Grünen und Sozialdemokraten ganz gut gelungen, freilich ohne den erstrebten Wahlerfolg. Es gibt auch in der Linkspartei nicht Wenige, die das wollen. Es wäre gut, wenn sie das durch ein realistischeres Handlungsprogramm glaubwürdig zum Ausdruck brächten. Das würde das politische Spielfeld der Republik neugründen. Die SPD muss sich dafür offen halten.



Thomas Meyer

(* 1943) ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung und: Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de